



Information zur Lage in der DDR (3)

26. Oktober 1956

Information Nr. 279/56 – Betrifft: Lage in der Deutschen Demokratischen Republik

Quelle

BStU, MfS, AS 83/59, Bd. 1b, Bl. 158–179.

Serie

Informationen.

Verteiler

Stoph, Grotewohl, Ulbricht, Matern, Schirdewan, Oelßner, Leuschner, Ziller, Mückenberger, Norden, Wandel, Honecker, Hager, Neumann, KGB Berlin-Karlshorst (»Freund«) – MfS: Mielke, Last, Abt. Information, Markus Wolf, Walter, Beater, Joseph Gutsche, HA V, SED-KL im MfS, Abt. Agitation, HA II, HA PS, Abt. VII, HA XIII, Abt. X, HA III (Hofmann), HA III (Kleine), HA III (Referat Information), Gartmann, Ablage.

Anlage 1: Die Lage unter den Studenten.

Anlage 2: Die Lage in den bürgerlichen Parteien.

Anlage 3: Stimmung zu den Ereignissen in Polen und Ungarn.

I. Lage in der Industrie

Bezirk Gera

Am 25.10.1956 wurde bekannt, dass der BGL-Vorsitzende des VEB Energieversorgung Gera, Sitz Jena, im Namen der Belegschaft eine Höhergruppierung der Lebensmittelkarten für bestimmte Abteilungen und Berufszweige fordert.¹ Nach dem abschlägigen Bescheid durch den Rat des Bezirkes verlangte der BGL-Vorsitzende zu wissen, mit welchen Dienststellen darüber gesprochen wurde. Man beabsichtigt, eine Delegation zum Ministerium für Handel und Versorgung zu entsenden. Die gleiche Erscheinung ist im VEB RFT Phönix Rudolstadt² vorhanden. Über eine Entsendung einer Delegation wurde aus diesem Betrieb nichts bekannt.

Am 24. und 25.10.1956 wurde im VEB Zeiss Jena, Abteilung Feinteilerei, festgestellt, dass Mitglieder der SED von den anderen Werktätigen nicht mehr begrüßt werden und grundsätzlich zu allen Problemen Schweigen herrscht. In der Stadt Jena wurde am 24. und 25.10.1956 mehreren Mitgliedern der SED von unbekanntenen Personen und Jugendlichen gedroht, dass »es in der DDR ebenfalls bald losgehe und sie dann dran wären«.

Bezirk Erfurt

Am 25.10.1956 wurden aus dem VEB Kaliwerk »Karl Marx« Sollstedt im Zusammenhang mit der Einführung des Wirtschaftslohn-Gruppenkataloges³ negative Äußerungen gegen die Regierung und die Sowjetunion bekannt. Ein großer Teil der Belegschaft verweigerte die Unterschrift unter den WLK. In der mechanischen Werkstatt wurde die Forderung erhoben, dass die Gewerkschaft die gleiche Stellung bezieht, »andernfalls würde etwas anderes passieren«.

Am 25.10.1956 waren die Beschäftigten im VEB Chema Rudisleben beunruhigt darüber, dass von 6.30 Uhr an sechs sowjetische Soldaten bewaffnet vor dem Betriebsgelände patrouillierten. Der sowjetische Kommandant hatte Anweisung erteilt, das Betriebsgelände zu sichern.

Bezirk Cottbus

Seit Anfang Oktober herrscht Missstimmung unter den Beschäftigten im VEB Süßwaren »Spreewald« Cottbus. Grund: Der Belegschaft wurde mitgeteilt, dass der Betrieb am 31.12.1956 die Produktion einstellt. Ein Teil der Belegschaft ist beunruhigt darüber, dass ihr Einsatz in anderen Betrieben noch nicht restlos geklärt ist.

Objekte der Wismut

Am 25.10.1956 wurde bekannt, dass in der Bohrabteilung 1 Garage Zwirtzchen⁴ große Unzufriedenheit herrscht. Grund: Es ist beabsichtigt, ledigen und verheirateten Personen keine Trennungsgelder mehr zu zahlen, wenn sie angebotene Wohnungen (auch im Falle des Nichtzusagens der Wohnung) nicht annehmen. Die Kipperfahrer drohen mit Republikflucht.

In Ronneburg führte die FDJ ein Jugendforum im Ernst-Thälmann-Haus durch. Während des Forums wurden provokatorische Fragen wie: Warum gibt es bei uns Störsender? und ähnliche gestellt. Diese Fragen erhielten lebhaften Beifall, während positive Fragen ruhig aufgenommen wurden.

Verkehrsbetriebe

Bezirk Karl-Marx-Stadt

Am 26.10.1956 wurde durch eine Stenotypistin vom VEB Verkehrsbetriebe Karl-Marx-Stadt erklärt, dass sie in den letzten Tagen von ihr unbekannt Personen bei einer Unterhaltung in der Nähe des Hauptbahnhofes gehört habe, dass der Gegner am 28.10.1956 bei uns in der DDR etwas geplant hat.

Berlin

Am 25.10.1956 wurde dem ABV von Dabendorf, [Kreis] Zossen, aus Diskussionen der Bevölkerung bekannt, dass am Sonntag den 28.10.1956 in Berlin eine Demonstration der Eisenbahner stattfinden soll. (Diese Gerüchte wurden in der S-Bahn verbreitet und fanden bisher durch keine Meldung eine Bestätigung.)

Am 25.10.1956 verbreitete ein Beschäftigter des VEB Mode Berlin⁵ die Meldung, dass die West-BVG in den Streik treten und sich mit einer Solidaritätsaufrufung an die Angestellten der BVG im demokratischen Sektor wenden will. (Diese Meldung fand bisher ebenfalls keine weitere Bestätigung.)

II. Landwirtschaft

Bezirk Dresden

Der Leiter der VdgB/BHG Meißen teilte mit, dass von den Angestellten Anträge auf Gehaltserhöhung gestellt wurden, da die BHG Coswig für Maschinenbuchhalter bis zu 400 DM zahlen, während in Meißen für die gleiche Arbeit 330 bis 350 DM gezahlt werden.

In der MTS Schletta, [Kreis] Meißen, haben seit Mitte September neun Traktoristen der MTS gekündigt. Grund: Verärgerungen wegen der Entlohnung. Die Fluktuation hält gegenwärtig noch an. In Oelsa, [Kreis] Pirna, liegen bei der LPG und bei Einzelbauern seit fünf Tagen ca. 800 Ztr. Kartoffeln im Freien. Die zuständige VEAB holt diese nicht ab.

Magdeburg

25.10.1956: Als in der LPG Kalbe der angebliche Streik in Magdeburg bekannt wurde,⁶ legten am 19.10.1956 ein Genossenschaftsbauer und dessen Ehefrau die Arbeit nieder. Die Frau forderte weitere Mitglieder auf, das Gleiche zu tun, da man sich mit den Magdeburgern »solidarisch« erklären müsste. Die Mitglieder reagierten nicht darauf. Am 22.10.1956 nahmen beide die Arbeit wieder auf. Im Zusammenhang mit dem angeblichen Streik in Magdeburg forderte ein Genossenschaftsbauer der LPG Immekath, [Kreis] Klötze, die anderen auf, langsam zu arbeiten. Er sagte, man müsste vorsichtig sein und erst einmal sehen, was in Magdeburg eigentlich los sei. Der Presse könne man nicht vertrauen, man müsse sich selbst überzeugen.

Erfurt

25.10.1956: In der LPG Vogelsberg, [Kreis] Sömmerda, sollen in der letzten Zeit drei Kühe und ein Jungbulle im Werte von 10 000 DM verendet sein. Ursache: Vermutlich Fremdkörper im Futter.

III. Versorgung

Bezirk Gera

25.10.1956: In Zeulenroda kommt es wegen Mangel an HO-Butter vor den Geschäften zu Schlangenbildung (200 Personen). Dort wird ungefähr wie folgt diskutiert: »Es ist kein Wunder, wenn die Menschen in diesen Ländern meutern,⁷ denn dort ist der Lebensstandard noch niedriger als in der DDR.« Ein Rentner sagte, dass dies noch nicht der letzte Krach sei, denn es gäre überall.

Bezirk Dresden

25.10.1956: Innerhalb der HO-Gaststätten des Kreises Löbau ist die Stimmung wegen des Lohngefüges sehr schlecht. Dieses Lohngefüge wirkt sich besonders auf die Gaststättenleiter mit Familienvertrag aus. Weiterhin fehlen wegen der geringen Entlohnung Arbeitskräfte. Im Kreis Meißen lagern durch den wahlweisen Bezug von Fett oder Margarine auf die Margarinemarken größere Mengen Margarine, die der Gefahr des Verderbs ausgesetzt sind.

Karl-Marx-Stadt

26.10.1956: Das Kühlhaus (Staatsreserven) Karl-Marx-Stadt erhielt eine Anweisung, den Betriebsschutz auf ein Mindestmaß zu verringern. (Das Schreiben soll vom Ministerium für Nahrung und Genuss kommen.) Eine ähnliche Information erhielt der VEB Baumwolle Mittweida.⁸ Er wurde von einer HV Baumwolle informiert und soll den Betriebsschutz und in Zukunft auch den Lohnfonds für gesellschaftliche Arbeit reduzieren. (Nach vorläufigen Untersuchungen wurde eine solche Anweisung von den zuständigen Stellen in Berlin schriftlich nicht gegeben.)

Bezirk Potsdam

22.10.1956: Nach einer Mitteilung des Bezirkes Potsdam soll die Bevölkerung von Schönebeck sehr beunruhigt sein. Die Frauen müssten nach Kohle und Kartoffeln anstehen. An einem Geschäft, wo Pampelmusen verkauft wurden, standen ca. 80 Personen an. Die Frauen diskutierten sehr erregt und erklärten, dass die Pampelmusen viel zu teuer seien. U. a. wurde gesagt: »Sie sollen lieber das besorgen, was die Bevölkerung dringend zum Leben braucht. Diese Dinge könnten sie doch nicht kaufen.« Weiterhin wurde erklärt, dass keine Aussicht auf Kohlen und Winterkartoffeln bestünde! Man müsste sich nach jedem Pfund Kartoffeln anstellen. Mehrere Frauen erklärten, dass sie ihre Männer nicht mehr auf Arbeit schicken wollten, wenn das so weiterginge, oder dass die Männer viel zu dumm wären, wenn sie noch auf Arbeit gingen.

Bezirk Halle

23.10.1956: Im gesamten Bezirk wird über die geringe Zulieferung von Braunkohle negativ diskutiert. Die Bevölkerung vertritt die Meinung, dass sowieso alles schon knapp bemessen würde und nun würden nicht einmal die 25 Ztr. Rohbraunkohle ausgeliefert. Die Arbeiter der Kyffhäuserhütte befragen ständig den Parteisekretär, ob er sich nicht dafür einsetzen könnte, dass sie ihre zustehende Braunkohle erhalten.
Bezirk Cottbus

23.10.1956: Unter der Bevölkerung in Lauchhammer herrscht über die mangelhafte Belieferung mit Kohle eine schlechte Stimmung. Bis zum 1.11.1956 soll keine Hausbrandkohle ausgegeben werden. Durch die Kohlenverteilung in Lauchhammer/Mitte wird das damit begründet, dass die Bevölkerung das Geld jetzt zum Kauf der Winterkartoffeln brauchen würde und jetzt deshalb keine Kohlen angefahren würden. Durch diese Maßnahme werden besonders Familien mit Kleinstkindern betroffen, da diese schon jetzt heizen müssten.
Frankfurt/O.

Am 14.10.1956 wurde in der KG Guben ein Brief abgegeben, indem darüber geschimpft wird, dass die Rückvergütung 1,8 % für 1956 im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren zu niedrig sei. Es wird u. a. darin erklärt: »Glaubt ja nicht, dass wir uns das auf die Dauer gefallen lassen.« Weiterhin wird in diesem Brief, der von 23 Personen unterschrieben sein soll, an Walter Ulbricht und Wilhelm Pieck geschickt würde, wenn »diese Schweinerei« nicht geändert würde.⁹

IV. Feindtätigkeit

Flugblattverbreitung

Berlin

- Am 24.10.1956 wurde in der Toilette des B-Aufganges im VEB Fortschrittwerk eine »Tarantel« gefunden.¹⁰ Diese war mit einem Zettel versehen, der folgende Aufschrift hat: »Nicht für hinterlistige Zwecke, bitte lesen und wieder aufhängen.«
- Am 25.10.1956 wurden im Bezirk Treptow Bärenlauchstraße/Ecke Oberspreestraße ca. 25 Hetzschriften des NTS¹¹ gefunden (alte Exemp
- Am 25.10.1956 wurden in Berlin-Alt-Stralau,¹² Tunnelstraße 30, Hetzschriften der Zope¹³ in russischer Schrift gefunden.

Frankfurt/O.

Im Kreisgebiet von Freienwalde wurden mehrere Ballons gesichtet (genaue Anzahl noch nicht bekannt).

Karl-Marx-Stadt

In Plauen konnte beobachtet werden, wie 40 bis 50 Ballons aus Richtung Hof/Westdeutschland in die DDR einflogen.

Hetzlosungen

Frankfurt/O.

In der Nacht vom 24.10.1956 zum 25.10.1956 wurden vor dem VVN-Denkmal in [Bad] Freienwalde folgende Zeichen mit Kreide auf den Boden gemalt: PRP | 14.5. [und] US | 8.

Gera

Am 24.10.1956 wurden im VEB Gummi- und Textilwerk Bad Blankenburg in der Klosettanlage mit Ölkreide folgende Losung angeschmiert:

- »SED Kollegen hängt sie auf.«
 - »SED ist Scheiße und Kommunisten sind Lumpen. Es lebe die SED, welche uns in die Scheiße führt. Die SED der DDR ist eine Hure.«
- Darunter war ein Hakenkreuz, Größe 15 x 15 cm geschmiert.

Ebenfalls wurde ein Hakenkreuz im VEB Werkzeugfabrik Königsee, [Kreis] Rudolstadt, in der Dreherei angeschmiert.

Im Technischen Raum des Mensafunkes in der Uni Jena war auf einem ca. 14 x 3 cm breiten Papierstück Folgendes geschrieben: »Der Weg nach Moskau führt über Magdeburg.«

Karl-Marx-Stadt

An verschiedenen Mauern der Stadt Hohenstein-Ernstthal wurden am 26.10.1956 folgende Losungen festgestellt:

- »Wir wollen freie Wahlen.«
- »Fort mit den Russen.«
- »Seid kampfbewusst, wir werden siegen.«

Gerüchte

Frankfurt/O.

Die Arbeiter der Tiefbaubrigade im EKS verbreiteten das Gerücht, dass die VEAB Wellmitz,¹⁴ [Kreis] Fürstenberg/Oder, Getreide für das hungernde Polen aufkauft und den Zentner mit 75,00 DM bezahlt.

Hetze der Westsender und Westpresse

RIAS am 25.10.1956, 19.10 Uhr: »Hier, im Ostteil unserer Hauptstadt Berlin, gibt es kommunistische Funktionäre, die glauben, heute noch mit dummen Redensarten Politik machen zu können ... Denken diese Leute in Pankow, man könne Millionen Menschen für dumm verkaufen? Als der Korrespondent der sowjetzonalen ›Wochenpost‹ über die Posener Prozesse berichtete, wurde die Ausgabe der ›Wochenpost‹, in der sein Bericht abgedruckt wurde, eingestampft.¹⁵ Die sowjetzonale ›BZ am Abend‹, die nur ein Bild des neuen 1. Sekretärs der Polnischen Arbeiterpartei und einen kurzen Auszug aus seiner Rede brachte, wurde eingezogen.¹⁶ Ist dieser neue Sekretär der polnischen kommunistischen Partei etwa auch ein Agent? In diesen Tagen fragt man in den Betrieben, Büros, Städten und Dörfern der DDR. Man fragt, warum verschweigt die Partei die Vorgänge in Polen. Man fragt, warum nimmt Ulbricht nicht Stellung zu den Vorgängen in Polen. Aber Ulbricht schwieg. Man muss über die Reaktion der SED auf die Vorgänge in Polen und Ungarn sehr ausführlich sprechen, weil sie mit aller Deutlichkeit offenbart, in welcher geistigen Verfassung sich die Führung der Partei befindet.«

Sender »Freies Berlin« am 25.10.1956, 18.15 Uhr: Im Zusammenhang mit den Ereignissen in Polen und Ungarn wird Ollenhauer ¹⁷ die Frage gestellt, ob er damit rechne, dass sich diese Ereignisse auch auf die DDR auswirken. Dazu antwortete Ollenhauer: »Sie wissen, dass die Machthaber in Pankow bis zur Stunde der Bevölkerung noch vorenthalten, was sich tatsächlich in Polen und Ungarn abgespielt hat. Man kann überhaupt feststellen, dass die ärgsten Stalinisten zur Zeit noch in Pankow sitzen und dass der Entstalinisierungsprozess die Sowjetzone Deutschlands bisher am wenigsten erfasst hat. Ich glaube aber nicht, dass sich Pankow und vor allem Herr Ulbricht auf die Dauer diesem Prozess werden entziehen können.«

»Der Tag« vom 26.10.1956: »Aus dem Volksaufstand in Ungarn zieht das stalinistische ›Neue Deutschland‹ die Lehre ›Das Banner des proletarischen Internationalismus noch höher zu heben‹ ... Das wird nicht ausreichen. Bei Goebbels reichte es auch nicht, wenn er verkündete, dass jeder Stoß, ›der uns nicht umwirft, uns nur noch härter macht‹. Die Leute in Pankow müssen mehr lernen als solche Phrasen, die einen unsagbar dummen Klang haben; und wenn sie nicht lernen, dann wird man sie lehren und zwar gründlich.«¹⁸

Anlage 1 zur Information Nr. 279/56

Anhang: Betrifft: Die Lage unter den Studenten

An der *Hochschule für Ökonomie und Planung* Berlin bestehen in der Parteileitung Diskussionen, dass die Leitung der Partei zu wenig informiert und reagiert und wenig Vertrauen zu den einzelnen Mitgliedern hat. Diese Auffassung vertritt auch der Rektor dieser Hochschule Prof. Lemnitz.¹⁹ Die bessere Gestaltung der Vorlesungen wird verlangt. Sonst müsse gestreikt werden. Ein Teil der Studenten versucht am Polnischen Pavillon bei der Gesellschaft für Kulturelle Verbindungen²⁰ die »Trybuna Ludu«²¹ zu erhalten. Ebenso sind alle Zeitungen aus Westdeutschland und Westberlin, die im Lesesaal der Hochschule ausliegen, zurzeit vergriffen.

Einige Studenten des 5. Seminars des 4. Studienjahres forderten während einer Unterrichtspause die Absetzung des Genossen Ulbricht mit der Begründung, dass Walter Ulbricht der größte »Stalinist« der Gegenwart ist. Die Volksdemokratien hätten ihre Politik geändert, bei uns in der DDR sei aber alles beim Alten geblieben. In der Versammlung des Seminars, die von der Parteigruppe einberufen worden war, wurde diese Forderung nicht wiederholt. Es fiel die Äußerung, dass die Beschlagnahme der »BZ am Abend« lächerlich sei und unsere Regierung wohl Angst vor der Wahrheit habe. Im 1. und 2. Studienjahr wird der RIAS fast organisiert abgehört. Dort hinken die SED-Mitglieder den Geschehnissen nach. Durch das Lesen der Westpresse wird die Diskussion ebenfalls negativ beeinflusst.

Nach einer Mitteilung ist der 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED bei ihnen gewesen und hat die Funktionäre »zusammengestaucht«, weil kritische Diskussionen und Meinungen über politische, wirtschaftliche, inner- und außerschulische Probleme an die SED Bezirksleitung gegeben worden sind. Durch diese Maßnahme soll zu der Wahlversammlung der Partei keine politische Diskussion zustande gekommen sein. In Gruppen wird diskutiert und den Parteilosen gegenüber nicht immer parteilich aufgetreten. Es herrscht eine ungesunde und erregte Atmosphäre.

Auch an der *Universität Rostock* wird das späte Reagieren der Presse bemängelt. Unter den Romanisten wird über die Ereignisse in Polen und Ungarn wenig diskutiert, da sie durch Presse und Rundfunk wenig erfahren hätten. Unter ihnen gibt es die Meinung, dass wohl unsere Regierung sehr viel aus dem 17.6.1953 gelernt haben müsse, denn sonst wären in der DDR wohl ähnliche Anzeichen zu verzeichnen wie in Polen und Ungarn. In der Philosophischen Fakultät diskutiert man heimlich über die Vorgänge in Polen und Ungarn. Einige Studenten brachten zum Ausdruck, dass zwischen Polen und der Sowjetunion große Spannungen beständen, die einen Prestigeverlust der SU bedeuteten und die »Sache des Kommunismus« ins Wanken bringen würden.²² Unter den Biologiestudenten wird darüber gesprochen, dass die ungarischen Studenten die Abschaffung des gesellschafts-wissenschaftlichen Studiums durchgesetzt hätten. Es wurde im 2. Studienjahr der medizinischen Fakultät eine Resolution gegen den Russisch-Unterricht verfasst, die von den einzelnen Studenten unterschrieben ist. Die Ursache dafür ist angeblich der Zeitmangel.

Die Anglistikstudenten der *Universität Greifswald* brachten zum Ausdruck, dass die Ereignisse in Polen und Ungarn auf den niedrigen Lebensstandard dieser Länder zurückzuführen seien. Es wird zwar über diese Probleme gesprochen, sie werden jedoch als innere Angelegenheit der einzelnen Länder betrachtet. Zum Teil wird die Meinung vertreten, sich objektiv zu orientieren. Dazu müssten auch westliche Sender gehört werden.²³

In der Abteilung Gerätebau der *Hochschule für Bildende und angewandte Kunst* in Berlin-Weißensee wurde die Aussprache mit Hermann Axen²⁴ über das ND gefordert. Nach Nichterscheinen eines Vertreters wurde gefordert, geschlossen zum ND zu ziehen. In dieser Zeit wurde ebenfalls eine Versammlung der FDJ einberufen, wo Hermann Axen erwartet wurde. Da er jedoch nicht kam, wurde die Versammlung nicht durchgeführt. Studenten äußerten, dass sie eine Verbindung zwischen FDJ-Leitung ihrer Hochschule und der Humboldt-Universität nicht brauchten, da sie ihre eigene Verbindung haben. Sie sagten weiter, wenn jetzt keiner vom ND kommt, »werden sie was erleben«. Diese Diskussionsgruppen verliefen sich, eine Demonstration kam nicht zustande. Den Diskussionen in der Hochschule gingen Unterhaltungen mit einer polnischen Studentendelegation am 18.10.1956 voraus, die sich sinngemäß äußerte, dass in der DDR die freie künstlerische Entfaltung gehemmt sei.²⁵ Die Kreisleitung der SED – und durch diese die Volkspolizei – wurde verständigt. Durch die Unterstützung der Kreisleitung der SED wurde ein größeres Ausmaß der vorgenannten Dinge verhindert.

An der *Karl-Marx-Universität* in Leipzig wurde in einer Versammlung der Parteiorganisatoren, Agitatoren und Parteiaktivisten der juristischen Fakultät besonders hervorgehoben, dass unbedingt bei den höheren Leitungen auf mehr Information zu allen Fragen gedrungen werden soll. Das sei notwendig, da sich ein großer Teil von Studenten nach Westsendern orientiert. Folgende Diskussionen wurden bekannt:

- Die Veränderungen im ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei seien aus antisowjetischer Stimmung heraus erfolgt.²⁶
- Der Einsatz sowjetischer Truppen in Ungarn sei taktisch unklug. Damit würden dem Westen günstige Argumente gegeben.
- Die Delegation der KPdSU sei vom ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei gar nicht oder nur unfreundlich empfangen worden.²⁷
- Westdeutschland hat Polen ein großes Preisangebot in der Lieferung von Kohle gemacht, damit Polen nicht mehr an die DDR, sondern nach Westdeutschland liefert.

Bei der Volkspolizei in Leipzig ging ein anonymer Anruf ein, dass sich am 26.10.1956 bei der Universität etwas ereignen würde (Streik) ausgehend von der chirurgischen Klinik.

An den Direktor der Universität traten polnische Studenten mit Forderungen heran, vor den Studenten Aufklärung über den Standpunkt Gomulka²⁸ zu geben. Diese Angelegenheit wurde unterbunden.

Von der Fakultät der Assistenzärzte (4. und 5. Semester) gibt es folgende Diskussionen:

- der Spitzbart wird auch bald gehen müssen.
- ist der sozialistische Handel überhaupt in der Lage den Bedarf zu decken? Es ist an der Zeit, auch bei uns einen Wechsel zu vollziehen,
- wird das Neue sich auch bei uns Bahn brechen.

Die letzten Aussprüche traten besonders unter Juristen und Philosophen auf. [sic!]

Die Philosophische Fakultät und das 4. Studienjahr des Franz-Mehring-Institutes haben an das ZK der SED Begrüßungsschreiben zur Weiterleitung nach Polen und Ungarn abgesandt, in denen sie den Studenten der beiden Länder danken, dass sie in den schweren Tagen treu zur Partei gestanden haben.

In der *Universität Jena* werden Bestrebungen beobachtet, unter Studenten und Lehrern Unruhe zu tragen. So erklärte ein Professor einem Studenten, der im Unterricht ins Stocken geraten war: »... Na reden Sie doch weiter, bei uns knallt es doch nicht.« Einzelne Studenten stellen die Frage:

- Wer ist Gomulka, war er inhaftiert und welches Programm vertritt er? –
- Wird in Polen und Ungarn nach diesen Ereignissen der Aufbau des Sozialismus abgelehnt?²⁹
- Sind es in Ungarn wirklich nur Provokateure gewesen, woher haben sie die Waffen? –

Beachtenswert ist die Erklärung eines Dozenten (SED) (Historiker, der Veränderungen in der Parteiführung der SED (Ablösung des Genossen Ulbricht), gefordert hatte, aber nach den Ereignissen in Polen und Ungarn seine Meinung revidierte. Er erklärte, dass er sein Verhalten in der letzten Zeit bedaure, die Partei völlig Recht habe und er in Zukunft so etwas nicht mehr mitmachen werde. Am 23.10.1956 erhielt der Sekretär der PO der Universität einen anonymen Anruf mit folgendem Inhalt: »Du und Deine Genossen, sage ihnen, sie werden auch bald fallen.«

Im *Institut für Körpererziehung der Universität in Halle* wurde darüber diskutiert, dass 3 000 bis 7 000 ungarische Studenten aus dem Jugendverband ausgetreten seien.³⁰ Ebenfalls wird die Informierung durch Presse und Rundfunk als lückenhaft bezeichnet. Diskussionen zu den Ereignissen in Magdeburg treten weniger in Erscheinung, da diese Dinge mehr eine »Normsache« seien und es den Arbeitern »mal gestunken hat«.

Im *Chemischen Institut* wurden Stimmen laut über eine Ablösung des Genossen Ulbricht. Die Vorgänge in Budapest waren über Westsender bereits bekannt. Vor allem wird jedoch jetzt ein Rückspiel der 1. Fußballmannschaft des SC Wissenschaft in Ungarn zum Anlass für Diskussionen verwandt.³¹ In diesem Institut nahm auch ein Professor mit Studenten in angetrunkenem Zustand eine unbegründete »Brandschutzkontrolle« vor.

In der Zeit vom 14. bis 20.10.1956 hielt sich eine zehnköpfige Studentendelegation aus Westdeutschland, an der Universität auf. Sie versuchten nach einer Vorlesung gegen unsere DDR (Regierung der DDR ist unrechtmäßig, freie Wahlen sind notwendig, damit auch der Sturz des Genossen Ulbricht, Hitler sei 1933 notwendig gewesen, sonst wäre Deutschland kommunistisch geworden, die westdeutschen Arbeiter haben durch die Konzerne Vorteile, die KPD bedrohe Westdeutschland, daher auch Bundeswehr usw.) zu hetzen. Einige Studenten der Universität unterstützten sie eifrig bei der Diskussion.³²

Im 2. Studienjahr der medizinischen Fakultät fordern die Studenten in einem Schreiben die Abschaffung des obligatorischen Russisch-Unterrichts. An der Arbeiter- und Bauernfakultät der Universität wurden Gerüchte über die Herabsetzung der Gehälter der Dozenten und die Auflösung der ABF festgestellt.

Diskussionen lassen erkennen, dass bürgerliche Kräfte »Morgenluft« wittern. So z. B., der Sozialismus sei lange abgeschrieben, er sei eine wacklige Geschichte, hoffentlich hört der Einfluss des großen Bruders bald auf, damit wir unsere eigene Politik machen können, hoffentlich wird die Oder-Neiße-Grenze korrigiert. Die Diskussionen zeugen davon, dass der westliche Rundfunk von vielen gehört wird. Mitglieder der SED erklären z. B.: »Ich habe den BBC und den NWDR gehört.«

In der Nacht vom 24. zum 25.10.1956 wurden zwei Wissenschaftler des Hygiene-Instituts der Universität von der VP verhaftet, weil sie in angetrunkenem Zustand den Schaukasten der »Freiheit«³³ demoliert und hetzerische Äußerungen gegen führende Funktionäre der SED gemacht haben. Einer erklärte, dass er, wenn das Bild Walter Ulbrichts im Schaukasten gewesen wäre, »ihm die Fresse eingetreten hätte«. Die beiden Personen wurden noch in der gleichen Nacht aus der Haft entlassen, um keinen Anlass zu Provokationen zu geben. Weitere Bearbeitung erfolgt.

An der *Bauhochschule in Weimar* erklärte eine Person, dass es ihm in amerikanischer Kriegsgefangenschaft gut gefallen habe und ihm gleich ein gehobener Posten angeboten worden sei. Er erklärte zu einem späteren Anlass, dass sich die FDJ-Gruppe an andere Hochschulen wenden werde, um eine Diskussion für die Schaffung einer unabhängigen Studentenorganisation zu erreichen. Die FDJ vertritt die Interessen der Studenten nicht. Auch in Westdeutschland wird sie nicht anerkannt. Da es in Polen und Jugoslawien auch eine Studentenorganisation gebe, wäre es bei uns auch notwendig.

Humboldt-Universität

Die am 25.10.1956 stattgefundenen Parteiaktivtagung der Universität ist als Erfolg anzusprechen³⁴. Der 1. Sekretär der SED Bezirksleitung war in seinem Referat etwas zurückhaltend, gab jedoch den anwesenden Mitgliedern eine klare Linie.

In den Diskussionen traten zwei Linien auf. Der Genosse Neumann³⁵ forderte, den Gegner anzugreifen. Der Genosse Prof. Havemann³⁶ vertrat die Auffassung, erst in der Partei alles ins Reine bringen. Er sprach in seiner Diskussion über »gute« und »schlechte« Parteimitglieder.

Diejenigen, die Kritik üben, sind die »Schlechten«, die nicht kritisieren die »Guten«. Er forderte eine Parteiaktivtagung »Wie ist die Situation in der Partei«. Das Ergebnis dieser Versammlung war eine Resolution, die beinhaltet, allen Provokateuren »aufs Maul zu schlagen« und die Verbindung mit den Massen zu festigen. Unruhe trat im Saal auf, wenn ein Diskussionsredner die Forderung des Genossen Neumann vertrat. Der Verlauf der Aktivtagung war reibungslos. Nachdem ein Appell der GST stattgefunden hatte (sie verteilten sich im Anschluss im Gebäude) und Kampfgruppen³⁷ mehrere Male an der Universität vorbeimarschiert waren, traten keine Schwierigkeiten mehr auf.

Im Studentenheim Biesdorf wurden Forderungen über die Abschaffung des Gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums und des obligatorischen Russisch-Unterrichts laut.

Am 25.10.1956 hatte die Hochschule für Bildende und angewandte Kunst die Studenten der Humboldt-Universität aufgefordert, an einer regierungsfeindlichen Demonstration teilzunehmen.

Ergänzung zu der Parteiaktivtagung der Humboldt-Universität:

In der Diskussion kam es zu offenen feindlichen Äußerungen gegenüber der Parteiführung und Politik der SED und der KPdSU, besonders durch Prof. Havemann, aber auch durch andere Professoren. Hauptpunkte ihrer Diskussionen:

- der veröffentlichte »Prawda«-Artikel erinnere an die finsterste und unseligste jüngste Vergangenheit – ³⁸
- Die Massen drängen nach Demokratisierung. Wenn dieser Prozess gehemmt wird, kann es zum Stau kommen, wie am 17.6.1953 –
- die Einschätzung des 17.6.1953 war oberflächlich –
- die Zurückziehung der »BZ am Abend« ist ein Ausdruck des Bremsens –, gebremst wird, weil viele Karrieristen und Bonzen im Staatsapparat sitzen –
- alles, was wir seit dem XX. Parteitag³⁹ erreicht haben, soll verloren gehen –
- Vertrauen zum ZK soll da sein, hat [das] ZK zu den Mitgliedern Vertrauen.

Am Ende der Diskussion wurde Professor Havemann zurückhaltender. Im Widerspruch zu seinen vorhergehenden Äußerungen erklärte er, dass er volles Vertrauen zum ZK der SED habe.

Anlage 2 zur Information Nr. 279/56

Anhang: Lage in den bürgerlichen Parteien

CDU

Nachdem die Ereignisse in Ungarn bekannt wurden, war der Generalsekretär der CDU Götting⁴⁰ stark beunruhigt. Er fragte danach die Mitarbeiter der Parteileitung, wie sie die Ereignisse in Ungarn einschätzen und was wir noch »zu erwarten« hätten. Von den Mitarbeitern der Parteileitung wird wenig über die Ereignisse in Polen und Ungarn diskutiert. Die wenigen Äußerungen lassen die Auffassung erkennen, dass es sinnlos sei, die Volksdemokratien stürzen zu wollen.

LDPD

Die Mitarbeiter der Parteileitung der LDPD sind ziemlich zurückhaltend. Was nach Meinung Gerlachs⁴¹ seine Gründe darin hat, dass unsere Presse und der Rundfunk erst zu spät bzw. ungenügend diese Angelegenheit kommentiert haben. Die Maßnahmen, die in Polen zur weiteren Demokratisierung eingeleitet wurden, fanden bei den Funktionären der LDPD Zustimmung. Alle Angriffe, die sich gegen die SU richten, wurden verurteilt. Die in Poznan ausgesprochenen Urteile werden abgelehnt, weil sie angesichts des Tatbestandes zu niedrig sind. Die LDPD-Funktionäre äußerten weiter, dass trotz der politischen Festigung der DDR eine Reihe weiterer Maßnahmen zur Demokratisierung durchgeführt werden müssten. Dr. Loch⁴² äußerte, dass Chruschtschow weg muss, da seine Politik falsch ist. Die Entstalinisierung würde sich sehr negativ auswirken. Z. B. Polen und Ungarn. Das russische Volk brauche immer jemanden, zu dem es aufschauen könne und diese Person hat man ihm jetzt genommen.⁴³

Anlage 3 zur Information Nr. 279/56

Anhang: Stimmung zu den Ereignissen in Polen und Ungarn

Obwohl die Diskussionen an Umfang zunehmen, sind im Wesentlichen keine neuen Argumente aufgetaucht. Über die Ereignisse in Ungarn wird ähnlich wie über die Ereignisse in Polen gesprochen. Diskutiert wird unter allen Kreisen der Bevölkerung. Hauptsächlich aber von den Arbeitern, Angestellten und Studenten. Es wird gefragt, warum unsere Presse und der Rundfunk nicht ausführlicher die wirklichen Zustände kommentieren, denn sonst würden verstärkt die westlichen Sender gehört. Die negativen Argumente sind auch zum größten Teil Argumente des RIAS oder anderer westlicher Sender und überwiegen bei Weitem die positiven. Viele Mitglieder der SED erklären, dass sie in Diskussionen schlecht argumentieren können, weil die Presse nichts Genaues bringt. Sie sind nicht in der Lage über Gomulka Auskunft zu geben, sodass die parteilosen Arbeiter sich durch die Westsender informieren.

Die meisten negativen Äußerungen beinhalten, dass Polen und Ungarn sich aus dem sozialistischen Lager gelöst haben und dass die Auswirkungen auf die DDR nicht ausbleiben werden. Vor allen Dingen müsse im ZK der SED einiges verändert werden. Vereinzelt gibt es Stimmen, da es verschiedene Wege zum Sozialismus gebe, gelte auch der deutsche Weg, der von Ackermann seiner Zeit vorgeschlagen worden sei.⁴⁴ Weiterhin wird zum Teil geäußert, dass die Ereignisse in Polen und Ungarn nicht von westlichen Agentenzentralen⁴⁵ angezettelt wurden, sondern die Menschen in diesen Ländern mit dem System der Volksdemokratie nicht einverstanden sind.

Vereinzelt wird von Mitgliedern der SED geäußert, dass es falsch war Stalin zu kritisieren. So sind z. B. im VEB Wema in Zeulenroda, [Bezirk] Gera, Mitglieder der SED der Meinung, dass es falsch gewesen sei, Stalin in so einer negativen Form zu kritisieren, wie es geschehen ist. Unter Stalin wären solche Ereignisse nicht vorgekommen. Mit der Kritik an Stalin habe man die gegnerischen Kräfte ermuntert und nun sei es soweit, dass solche Leute wie Gomulka wieder einflussreiche Positionen bekämen. Der Kaderleiter vom VEB Stahlwerk Olbersdorf, [Kreis] Zittau, sagte, dass sich jetzt bestätigt, was Stalin schon immer gesagt hat, nämlich, dass sich beim Fortschreiten des Sozialismus der Klassenkampf verstärkt und dass nicht alles falsch gewesen ist, was Stalin gesagt hat.

Neue negative Argumente sind:⁴⁶

- Die Polen sind wohl mit dem Sozialismus einverstanden, aber nicht mit dem russischen Kommunismus. Dasselbe trifft auch für die DDR zu. Für das rückständige Russland war diese Entwicklung richtig, aber für die weiterentwickelten Länder falsch.
- Wenn Gomulka wieder oben ist, dann ist auch der Ackermannsche deutsche Weg zum Sozialismus richtig.
- Gomulka macht die gleiche Politik wie Tito.⁴⁷ U. a. Anleihen vom Amerikaner annehmen, um damit schneller vorwärtszukommen.
- Wenn sich die DDR an den Westen anschließen würde, wären wir in unserer wirtschaftlichen Entwicklung schon viel weiter.
- Aufgrund der jetzigen Situation muss auch Walter Ulbricht abtreten.
- In der DDR müsste es auch wieder zu einem Aufstand kommen. Im Volk gärt es schon.
- Die Bevölkerung in Polen und Ungarn will keinen Bolschewismus und die DDR auch nicht.
- Polen fordert einen freien Kommunismus, wie Jugoslawien.
- Immer mehr Völker befreien sich von der Diktatur durch die SU.
- In Polen und Ungarn werden die sowjetischen Truppen abgezogen, warum sollten wir es bei uns nicht auch schaffen.

Im VEB Gummiwerk Ballenstedt, [Kreis] Quedlinburg, [Bezirk] Halle, erklärte ein Kraftfahrer: »In Ungarn ist ganz schön was los und wenn die ›Russen‹ nicht gewesen wären, dann wären 1953 und 1956 die DDR, Polen und Ungarn schon vergessen, so aber hat es noch einmal zugunsten der anderen geklappt.« Der Inhaber eines kleinen Produktionsbetriebes aus Quedlinburg sagte, dass auch seine Belegschaft der Meinung ist, wenn die Sowjetarmee nicht wäre, dann wären viele Länder des Sozialismus schon wieder kapitalistisch. Er ist weiter der Meinung, dass alle Handwerker des Kreises Quedlinburg das kapitalistische System zurückwünschen.

Im Verlag »Die Wirtschaft«⁴⁸ besteht unter einigen Redaktionsmitgliedern die Meinung, man sollte den Genossen Ulbricht und die Genossin Benjamin⁴⁹ abberufen. Anstelle von Genossen Ulbricht sollte man den Genossen Dahlem⁵⁰ setzen.

1

In der DDR wurden im Jahr 1956 für den Kauf von Fleisch, Fisch, Eiern, Milch, Fett und Zucker sowie allen daraus hergestellten Erzeugnissen noch Lebensmittelkarten benötigt. Ohne Karten konnten diese Produkte nur zu deutlich höheren Preisen in den Läden der staatlichen Handelsorganisation (HO) erworben werden. Die Lebensmittelkarten wurden im Mai 1958 abgeschafft. Vgl. Gesetz über die Abschaffung der Lebensmittelkarten v. 28.5.1958. In: GBl. I 1958, S. 413–415. – Neben der Grundkarte gab es – je nach Tätigkeit – Zusatzkarten (A, B, C, D und E).

2

Vollständig: VEB RFT Phönix Röntgenröhrenwerk Rudolstadt.

3

Wirtschaftszweig-Lohngruppenkataloge (WLK) waren Kataloge von Tätigkeitsmerkmalen zur Einstufung von Produktionsarbeitern der verschiedenen Wirtschaftszweige in unterschiedliche Lohngruppen. Sie wurden zentral erlassen und laufend an die wirtschaftlich-technische Entwicklung angepasst. Vgl. Sattler, Friederike: Wirtschaftszweig-Lohngruppenkatalog (WLK). In: FDGB-Lexikon. Funktion, Struktur, Kader und Entwicklung einer Massenorganisation der SED (1945–1990). Hg. v. Dowe, Dieter; Kuba, Karlheinz; Wilke, Manfred. Bearb. v. Kubina, Michael. Berlin 2009 library.fes.deFDGB-Lexikon (2.11.2015).

4

Im Original: »Zwirtschen«.

5

Korrekt: VEB »Berliner Mode«.

6

Seit Anfang Oktober 1956 war es in verschiedenen Magdeburger Großbetrieben zu Streikaktionen gekommen, u. a. im Ernst-Thälmann-Werk und im Georgi-Dimitroff-Werk. Erstmals wurde auch in den Westmedien darüber berichtet. (Siehe z. B. Arbeiter empörten sich. In: Telegraf v. 17.10.1956, S. 7; Zuspitzung in Magdeburg. Protestaktionen der Arbeiter – Vopo und SSD im Karl-Marx-Werk. In: Der Tag v. 18.10.1956, S. 1; SED-Sondersitzung über die Vorgänge in Magdeburg. In: Hamburger Abendblatt v. 19.10.1956). Zur Presseberichterstattung in Ost und West und den Reaktionen der DDR-Bevölkerung darauf vgl. ausführlich Möbius, Sascha: Magdeburg und der Ungarnaufstand 1956 – die Kultur der Lüge. In: Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte, Jg. 2007, Heft 17, S. 78–105.

7

Hier wird angespielt auf die aktuelle Situation in Polen und in Ungarn: In Polen blieb die innenpolitische Situation nach der Niederschlagung des Posener Arbeiteraufstandes Ende Juni 1956 instabil und in der Bevölkerung zeigte sich eine zunehmend antisowjetische Stimmung. Um die Situation zu beruhigen, setzte der reformorientierte Flügel der PVAP eine Umbildung der Parteiführung durch; am 21.10. wurde der 1948 abgesetzte und 1951 inhaftierte ehemalige Parteichef Władysław Gomułka zum Ersten Sekretär der PVAP gewählt, während die Vertreter des stalinistischen Flügels nicht mehr ins Politbüro gewählt wurden. Die Wahl Gomułkas stieß auf enthusiastische Reaktionen in der Bevölkerung, die in einer Demonstration mit etwa 500 000 Teilnehmern am 24.10. in Warschau gipfelten. Vgl. dazu Kramer, Mark: Soviet-Polish Relations and the Crises of 1956. Brinkmanship and Intra-Bloc Politics. In: Engelmann, Roger; Großbölting, Thomas; Wentker, Hermann (Hg.): Kommunismus in der Krise. Die Entstalinisierung 1956 und die Folgen. Göttingen 2008, S. 61–126, hier 89–124. – In Ungarn kam es seit dem 23.10.1956 zu Demonstrationen in Budapest, die sich in den folgenden Tagen auf das ganze Land ausweiteten. Bereits am Abend des 23.10. bat Parteichef Ernő Gerő die sowjetische Armee um Hilfe. Am 24.10. wurde die Forderung der Demonstranten nach der Berufung des reformorientierten Kommunisten Imre Nagy zum Ministerpräsidenten erfüllt, am 25.10. wurde Parteichef Gerő durch Janos Kádár ersetzt. Zeitgleich kam es zu Angriffen auf die Demonstranten, bei denen etwa 200 Personen getötet wurden. Vgl. dazu u. a. Varga, László: Der Fall Ungarn. Revolution, Intervention, Kádárismus. In: ebenda, S. 127–136.

8

Korrekt: VEB Baumwollspinnerei Mittweida.

9

Durch Überschreibung schwer lesbarer und unvollständiger Satz im Original.

10

Die »Tarantel. Satirische Monatsschrift der Sowjetzone« war eine von Heinz W. Wenzel (Pseudonym: Heinrich Bär) in Westberlin herausgegebene und von den USA finanzierte Zeitschrift, die sich satirisch-kritisch mit den Verhältnissen in der DDR auseinandersetzte. Sie wurde 1950 bis 1962 in Großauflagen von bis zu 300 000 Stück von Westberlin aus in die DDR geschleust. Vgl. Körner, Klaus: Ein »Phänomen« wird entlarvt. Antikommunistische Schriften gegen die DDR aus der Frühzeit der Bundesrepublik. In: Lokatis, Siegfried; Sonntag, Ingrid (Hg.): Heimliche Leser in der DDR. Kontrolle und Verbreitung unerlaubter Literatur. Berlin 2008, S. 156–167, hier 161. Siehe auch: Schulz-Heidorf, Walter: Preis unbezahlbar – Die »Tarantel«. Heiße Lektüre im Kalten Krieg. Berlin 1997.

11

Der Narodno-Trudowoj Sojus (NTS), deutsch: Volksarbeitsbund, war eine seit 1930 bestehende russische Emigrantenorganisation, deren »geschlossener Sektor« streng konspirativ organisiert gegen die Sowjetunion arbeitete. Dabei ging es vor allem um die Verbreitung von antikommunistischem Propagandamaterial. Zur Zielgruppe dieser Aktivitäten gehörten in der SBZ/DDR vor allem die Angehörigen der

sowjetischen Truppen. Ab Ende der 1940er Jahre wurde der NTS insbesondere von US-amerikanischen Geheimdienststellen unterstützt und angeleitet. Vgl. Stöver, Bernd: Die Befreiung vom Kommunismus. Amerikanische »Liberation Policy« im Kalten Krieg 1947–1991. Köln u. a. 2002, S. 318–331.

12

Im Original: »Altstrahlau«.

13

Die ZOPE (Zentralnoje Objedinjenije Poslewoennyh Emigrantow, deutsch etwa: Zentralverband der Nachkriegsemigranten) war eine im November 1952 in München durch das US-amerikanische Office of Policy Coordination (OPC) gegründete russische Exilgruppe. Die ZOPE unterhielt enge Kontakte zum NTS, zu den Ostbüros der westdeutschen Parteien und zur Vereinigung politischer Ostflüchtlinge (VPO). Hauptaktivität der ZOPE, die u. a. vom Gesamtdeutschen Ministerium der Bundesrepublik Deutschland finanziert wurde, war die Verbreitung von Flugblättern, die mittels Ballons in die DDR geschickt wurden. Vgl. Stöver, Bernd: Die Befreiung vom Kommunismus. Amerikanische »Liberation Policy« im Kalten Krieg 1947–1991. Köln u. a. 2002, S. 331–334.

14

Im Original: »Wellnitz«.

15

Die »Wochenpost« war eine seit Ende 1953 erscheinende Wochenzeitung der DDR. – Der polnische Journalist Jan Kalina hatte in der Zeitung über die Posener Prozesse (27.9.–12.10.1956) berichtet, in denen am Posener Aufstand Beteiligte angeklagt und zum Teil zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt wurden. Wegen des Artikels wurde die gesamte Auflage der Wochenpost (etwa 800 000 Exemplare) soweit möglich zurückgezogen und eine neue Auflage ohne den Artikel von Kalina gedruckt. Vgl. dazu Polkehn, Klaus: Das war die Wochenpost. Geschichte und Geschichten einer Zeitung. Berlin 1997, S. 39 f.

16

Am 21.10.1956 wurde der 1948 abgesetzte und 1951 inhaftierte ehemalige Parteichef Władysław Gomułka zum Ersten Sekretär der PVAP gewählt. – Am 22.10.1956 wurden 200 000 Exemplare der Ostberliner Tageszeitung »BZ am Abend« eingezogen. Die »BZ am Abend« hatte – als einzige Zeitung in der DDR – in dieser Ausgabe einen kurzen Auszug aus der Antrittsrede Gomułkas sowie ein Bild veröffentlicht. Vgl. Politische und wirtschaftliche Probleme Volkspolens. Aus der Rede Gomułkas auf der 8. Plenartagung des ZK. In: BZ am Abend v. 25.10.1956, S. 2. – Die Rede Gomułkas ist gekürzt dokumentiert in: Ost-Probleme 8(1956)45, S. 1553–1567.

17

Erich Ollenhauer, Jg. 1901, SPD-Politiker, 1952–63 Bundesvorsitzender der SPD und Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion.

18

Vgl. Die Fahne noch höher? In: Der Tag v. 26.10.1956. Der Artikel nimmt Bezug auf folgenden Kommentar: H. A.: Die Kräfte des Sozialismus sind stärker. Zu den Ereignissen in Ungarn. In: ND v. 26.10.1956, S. 2.

19

Im Original: »Lemnitz«. Alfred Lemnitz, Jg. 1905, Ökonom, Hochschullehrer und SED-Politiker, 1956–58 Rektor der Hochschule für Ökonomie und Planung, 1958–63 Minister für Volksbildung.

20

Die Gesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland war die 1952 gegründete Dachorganisation für alle bestehenden Freundschaftsgesellschaften in der DDR. Sie war der Vorläufer der 1961 gebildeten Liga für Völkerfreundschaft.

21

Die »Trybuna Ludu« war eine polnische Tageszeitung, die 1948 bis 1990 von der PVAP herausgegeben wurde.

22

Die letzten beiden Sätze am Rand rot markiert.

23

Absatz am Rand rot markiert.

24

Hermann Axen, Jg. 1916, SED-Politiker, 1956–66 Chefredakteur des »Neuen Deutschlands«, 1949–89 Mitglied des ZK der SED, 1954–89 Abgeordneter der Volkskammer.

25

Satz am Rand rot markiert.

26

Am 21.10.1956 wählte das 8. Plenum des Zentralkomitees der PVAP ein neues Politbüro. Zum Ersten Sekretär wurde der 1948 abgesetzte und 1951 inhaftierte ehemalige Parteichef Władysław Gomułka gewählt. Die Gegner eines forcierten Entstalinisierungskurses, Konstantin Rokossowski, Zenon Nowak, Władysław Dworakowski, Franciszek Mazur und Franciszek Józwiak sowie Roman Nowak und Edward Gierek wurden nicht wieder in das Gremium gewählt. – Spiegelstrich-Absatz am Rand rot markiert.

27

Vom 19. bis zum 20.10.1956 reiste eine hochrangige sowjetische Delegation unter Führung von KPdSU-Chef Chruschtschow zu einem Blitzbesuch zum 8. Plenum des Zentralkomitees der PVAP nach Warschau, um eine befürchtete Kursänderung der PVAP hin zu einer Loslösung Polens von der Sowjetunion zu verhindern.

28

Władysław Gomułka, Jg. 1905, polnischer kommunistischer Politiker, 1942 Mitbegründer, 1943–48 Generalsekretär der Polnischen Arbeiterpartei (Polska Partia Robotnicza – PPR) sowie 1945–49 stellvertretender Ministerpräsident Polens und Minister für die wiedergewonnenen Gebiete, Ende 1949 aus der PVAP ausgeschlossen, 1951 verhaftet, Ende 1954 aus der Haft entlassen, am 21.10.1956 zum Ersten Sekretär der PVAP gewählt.

29

Erster und zweiter Spiegelstrich am Rand rot markiert.

30

Am 15.10. bzw. 22.10.1956 erklärten Studenten aus dem süngarischen Szeged und aus Budapest ihren Austritt aus dem von der Partei der Ungarischen Werktätigen (Magyar Dolgozók Pártja – MDP) gesteuerten Bund der Werktätigen Jugend (Dolgozó Ifjúság Szövetsége – DISZ) und gründeten den unabhängigen Bund der ungarischen Hochschul- und Studenten (Magyar Egyetemisták és Főiskolások Szövetsége – MEFESZ). Vgl. Rainer, Janos M.; Barth, Bernd-Rainer: Ungarische Revolution: Aufstand – Zerfall der Partei – Invasion. In: Hegedüs, András B.; Wilke, Manfred (Hg.): Satelliten nach Stalins Tod. Der »Neue Kurs«. 17. Juni 1953 in der DDR. Ungarische Revolution 1956. Berlin 2000, S. 219–258, hier 229.

31

Der SC Wissenschaft Halle ging 1955 aus der 1949 gegründeten HSG »Geschwister Scholl« an der Martin-Luther-Universität Halle hervor.

32

Am Beginn des Absatzes am Rand eine römische »I« in grüner Schrift.

33

»Die Freiheit« war eine seit 1946 in Halle erscheinende Tageszeitung und seit 1952 das Organ der SED-Bezirksleitung Halle.

34

Müsste eigentlich heißen: »anzusehen«.

35

Alfred Neumann, Jg. 1909, SED-Politiker, 1953–57 Erster Sekretär der SED-Bezirksleitung Berlin, 1954–89 Mitglied des ZK der SED, seit 1954 Kandidat und 1958–89 Mitglied des Politbüros des ZK der SED, 1949–90 Abgeordneter der Volkskammer.

36

Robert Havemann, Jg. 1910, Chemiker und Hochschullehrer, 1945–47 Leiter der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in Berlin, 1946–64 Professor für physikalische Chemie an der Humboldt-Universität zu Berlin, 1949–63 Abgeordneter der Volkskammer (Kulturbund).

37

Die »Kampfgruppen der Arbeiterklasse« waren eine im Sommer 1953 auf Beschluss der SED gegründete paramilitärische Organisation von Beschäftigten in Großbetrieben, VEG, LPG, MTS und staatlichen Verwaltungen. Vgl. Siebeneichner, Tilmann: Proletarischer Mythos und realer Sozialismus. Die Kampfgruppen der Arbeiterklasse in der DDR. Köln u. a. 2014.

38

Vgl. Antisozialistische Äußerungen in der polnischen Presse. Artikel des Warschauer »Prawda«-Korrespondenten vom 20. Oktober. In: ND v. 21.10.1956, S. 5. In dem Artikel werden u. a. »[i]n den letzten Tagen in der polnischen Presse immer häufiger« erscheinende »Äußerungen, aus denen die Predigt auf einen Verzicht auf den sozialistischen Weg herausklingt«, scharf kritisiert.

39

Der XX. Parteitag der KPdSU fand vom 14. bis 25.2.1956 in Moskau statt. Der Parteitag, auf dem Parteichef Chruschtschow in einer Geheimrede den Personenkult um Stalin kritisierte und Stalins Verbrechen enthüllte, leitete in der Sowjetunion den Prozess der Entstalinisierung ein.

40

Gerald Götting, Jg. 1923, CDU-Politiker, 1949–66 Generalsekretär der CDU, 1949–90 Abgeordneter und 1954–58 stellvertretender Präsident der Volkskammer, seit 1950 Mitglied des Präsidiums des Nationalrats der Nationalen Front.

41

Manfred Gerlach, Jg. 1928, LDPD-Politiker, 1954–67 Generalsekretär der LDPD, 1949–90 Abgeordneter der Volkskammer.

42

Hans Loch, Jg. 1898, LDPD-Politiker, 1949–55 Finanzminister, 1949–60 Abgeordneter der Volkskammer, 1950–60 stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates, 1951–60 Vorsitzender der LDPD, 1954–60 Vorsitzender des Ausschusses für Deutsche Einheit.

43

Absatz am Rand rot markiert.

44

Anton Ackermann (eigentlich: Eugen Hanisch), Jg. 1905, SED-Politiker, 1946–54 Mitglied des ZK der SED, 1949–53 Kandidat des Politbüros des ZK der SED, 1950–54 Abgeordneter der Volkskammer, 1949–53 Staatssekretär im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, im September 1953 wegen Unterstützung von Rudolf Herrnstadt und Wilhelm Zaisser aller Ämter enthoben, 1954 Ausschluss aus dem ZK der SED, 1954–58 Leiter der HV Film beim Ministerium für Kultur, im Juli 1956 rehabilitiert. – Ackermann hatte in seinem Aufsatz »Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus?« die These vertreten, dass der Sozialismus in Deutschland ohne eine vorausgehende Diktatur des Proletariats aufgebaut werden könne. (Vgl. Ackermann, Anton: Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus? In: Einheit. Theoretische Monatszeitschrift zur Vorbereitung der Sozialistischen Einheitspartei 1(1946), S. 22–32). 1948 musste Ackermann Selbstkritik üben und seine These widerrufen.

45

Unter »Agentenzentralen« oder »Feindzentralen« verstand das MfS antikommunistische Organisationen, die von der Bundesrepublik aus gegen die DDR agierten, wie die Ostbüros von SPD, CDU, FDP und DGB, die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit oder der Untersuchungsausschuss freiheitlicher Juristen, aber auch staatliche Einrichtungen, wie das Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen, die Notaufnahmelager für DDR-Flüchtlinge in Gießen, Uelzen und Berlin-Marienfelde oder der Bundesnachrichtendienst bzw. die Organisation Gehlen als dessen Vorläufer.

46

Die folgende Auflistung am Rand rot markiert.

47

Josip Broz Tito, Jg. 1892, 1943–53 als Ministerpräsident und 1953–80 als Staatspräsident kommunistischer Diktator von Jugoslawien. Im Jahr 1948 war es zum Bruch zwischen Stalin und Tito gekommen; Chruschtschow verfolgte nach 1955 eine Politik der Wiederannäherung an Jugoslawien.

48

Der Verlag »Die Wirtschaft« wurde 1946 gegründet, um die gleichnamige Zeitschrift herauszugeben, ab 1950 erschienen auch Bücher sowie weitere Zeitschriften zu Wirtschaftsthemen in dem Verlag, der inhaltlich dem Sekretär für Wirtschaftsfragen beim ZK der SED unterstand.

49

Hilde Benjamin, Jg. 1902, Juristin und SED-Politikerin, 1949–53 Vizepräsidentin des Obersten Gerichts der DDR und als solche Vorsitzende Richterin in zahlreichen politischen Schauprozessen, 1953–67 Justizministerin der DDR, 1954–89 Mitglied des ZK der SED.

50

Franz Dahlem, Jg. 1892, SED-Politiker, seit 1946 Mitglied des Parteivorstandes und des Zentralsekretariats, seit 1950 Mitglied des Politbüros der SED, im Mai 1953 Ausschluss aus dem ZK und Entbindung von allen Funktionen, 1954 Erteilung einer »strengen Rüge« im Parteiverfahren, 1955–57 Leiter der Hauptabteilung Forschung im Staatssekretariat für Hochschulwesen, Ende Juli 1956 Aufhebung der Parteistrafe.